

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 21. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/021/2011)

am Donnerstag, 30. Juni 2011,

18:00 Uhr

**im Stadtmuseum, Festsaal, 3. Etage,
Wilsdruffer Straße 2 (Eingang: Landhausstraße) , 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:00 Uhr

Anwesend:

Stellvertretender Vorsitzender

Jens Hoffsommer

CDU-Fraktion

Patrick Schreiber

Anke Wagner

Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

Thomas Engel

Melanie Hörenz

Dr. Dirk Jordan

beratende Mitglieder

Wolfgang Bec

Sabine Bibas

Angelika Fischer

Markus Laessing

Claus Lippmann

Erik Pietsch

Martin Seidel

Regina Thielmann

Roland Wirlitsch

Georg Zimmermann

Stellvertretende Mitglieder

Dorothee Hinze

Richard Kaniewski

Silke Kultscher

Markus Steindecker

Vertretung für Herrn Markus Degenkolb

Vertretung für Frau Ines Vogel

Vertretung für Herrn Christoph Stolte

Vertretung für Herrn Thomas Pallutt

Abwesend:

Vorsitzende
Helma Orosz

SPD-Fraktion

Ines Vogel

FDP-Fraktion

Jens-Uwe Zastrow

stimmberechtigte Mitglieder

Thomas Pallutt
Christoph Stolte

beratende Mitglieder

Markus Degenkolb
Christina Koch
Valentina Marcenaro
Kristina Winkler
Thomas Wünsche

Verwaltung:

Frau Grohmann
Frau Mamedowa
Herr Schöne

EB Kindertageseinrichtungen
Jugendamt
Jugendamt - Jugendinfoservice

Gäste:

Peter Kühn
Sabine Wesener
H. Ibrahim
Herr Klawun
S. Gehde

CVJM
Unternehmen Kultur gGmbH
Int. Goethe-Mafis-Ges. gGmbH
Bürger
Einwohner

Schriftführerin:

Sindy Gebhardt

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Kontrolle der Niederschrift vom 19.05.2011
- 2 Informationen/Fragestunde
- 3 Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2011/2012 **V0938/11
beratend
(federführend)**
- 4 Einführung eines trägerübergreifenden Systems zur Anmeldung, Platzvergabe und Beitragserhebung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege **V1010/11
beratend
(federführend)**
- 5 Aufnahme des Hortes der Natur- und Umweltschule, Manfred-von-Ardenne-Ring 20 in 01099 Dresden in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen Dresden **V1065/11
beratend**
- 6 Berichte aus den Unterausschüssen

Nicht öffentlich

- 7 Informationen

öffentlich

Einleitung:

Herr **Stadtrat Hoffsommer** eröffnet die 21. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden. Die Einladung ist form- und fristgerecht zugestellt worden. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Herr **Schreiber** bittet, die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zu tauschen.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht. Die so geänderte Tagesordnung wird mit 11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen bestätigt.

1 Kontrolle der Niederschrift vom 19.05.2011

Es gibt keine Anfragen zur Niederschrift. Das Gremium bestätigt diese einstimmig (11/0/0).

Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

2 Informationen/Fragestunde

Informationen

Versand von Informationen

Herr **Stadtrat Hoffsommer** teilt eingangs mit, dass resultierend aus einer Anfrage zukünftig auch alle stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses die Informationen bzw. Zuarbeiten zu Festlegungen per Mail erhalten.

Kita in Weißig

Zur Übertragung der Kindertageseinrichtung in Weißig in freie Trägerschaft habe sich ein neuer Sachstand ergeben, gibt Frau **Bibas** bekannt. Im Ergebnis eines Meinungsaustausches nehme der Investor sein Veto zur Übertragung an den „Verein zur Förderung der Jugend e. V.“ zurück und nun würden wie ursprünglich geplant die Verhandlungen mit dem erstplatzierten „Malwina e. V.“ beginnen. Eine entsprechende Beschlussvorlage zum Trägerschaftswechsel werde erarbeitet.

Fragerunde

Kinderpsychosoziale AG

Auf Anfrage von Herrn Engel zur kinderpsychozialen AG (Untergruppe der psychozialen AG) führt Herr **Lippmann** aus, dass Frau Schreiber das Jugendamt in der AG vertrete. Zu den Sitzungen der psychozialen AG werde die Vertretung des Jugendamtes offen gehalten.

QAD

In Beantwortung der Anfrage von Frau Hörenz, warum die Vorlage zur Auflösung der QAD nicht im Jugendhilfeausschuss beraten werde, stellt Herr **Bürgermeister Seidel** klar, dass die Vorlage sich lediglich auf formale und rechtliche Fragen beziehe und keine inhaltlichen Schwerpunkte vorhanden seien.

Verschiedene Anfragen

Herr **Stadtrat Kießling** bittet um aktuelle Sachstände bzw. Beantwortung der nachfolgend aufgeführten Anfragen:

1. Neu konstituierter Arbeitskreis „Sportliche Jugend“
2. Vorgehensweise seitens der Stadtverwaltung zu den in den Bescheiden des „Roten Baumes“ aufgenommenen Widerrufsvorbehalten
3. Wirtschaftlichen Folgen zur neuen beschlossenen Kita-Satzung
4. Beschwerdemanagement im EB Kindertageseinrichtungen
5. Bürgerarbeitsplätze (Umfang Sachkosten für freie Träger, Anzahl der beantragten Plätze)

Die das Jugendamt betreffenden Anfragen werden bis zur nächsten Sitzung schriftlich beantwortet, sagt Herr **Lippmann** zu.

Frau **Bibas** führt aus, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner letzten Sitzung dafür votiert habe, dass die Kita-Satzung ein Jahr nach Inkrafttreten zu überprüfen sei. Dies wäre ebenso der richtige Zeitpunkt für die Darstellung der wirtschaftlichen Auswirkungen.

Zum Beschwerdemanagement im EB Kindertageseinrichtungen bringt sie zum Ausdruck, dass es ein Grundsatzpapier zur Erziehungspartnerschaft gebe, was in jeder Kita ausliege. Eltern könnten jederzeit ihre Beschwerden/Anregungen dem EB vortragen, was von ihnen auch ohne Angstschwellen angenommen werde. Innerhalb einer Woche würde der EB reagieren, stellt Frau Bibas heraus.

Zu gegebenem Zeitpunkt solle die Auswertung der systematischen Erfassung im Gremium vorgestellt werden, regt Herr **Stadtrat Hoffsommer** an.

Herr **Bürgermeister Seidel** antwortet bezüglich der Bürgerarbeitsplätze, dass etwa 80 bewilligt worden. Die Quote der Bewilligungen liege bei 90 %. Die Förderung des Geschäftsbereiches Soziales betrage 120 EUR pro Monat. Es stehen Mittel für bis zu rund 160 Maßnahmen zur Verfügung.

Die noch offenen Anfragen zur Bürgerarbeit werden schriftlich beantwortet.

Stadtratsbeschlüsse

Frau **Dahl** kritisiert, dass der Jugendhilfeausschuss nicht über die Stadtratsbeschlüsse informiert werde, welche zuvor im Jugendhilfeausschuss beraten worden.

Hierzu informiert Frau **Bibas**, dass die Beschlüsse im Amtsblatt veröffentlicht werden und Herr **Stadtrat Hoffsommer** fügt hinzu, dass die Stadtratsbeschlüsse ebenso im Ratsinformationssystem eingesehen werden können.

Speziell zur beschlossenen Kita-Satzung berichtet Frau **Bibas**, dass sowohl die Leiter/-innen der kommunalen Einrichtungen sowie die freien Träger ein Informationsschreiben erhalten, in dem Änderungen dargestellt seien. Die Eltern hingegen würden durch die Leiter/-innen schriftlich in Kenntnis gesetzt.

Die Informationsschreiben sollten auch den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zugesandt werden, regt Herr **Stadtrat Hoffsommer** an.

Elternzeit

Herr **Zimmermann**, beratendes Mitglied im Gremium, teilt den Anwesenden mit, dass er von Juli bis Oktober in Elternzeit gehe und Herr Teich (derzeitiger Stellvertreter) in dieser Zeit Mitglied sei.

Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)

Zum in letzter Woche beschlossenen Bildungs- und Teilhabepaket nimmt Frau **Hintze** als Vertreterin des Ausländerrates Bezug und erläutert ihren Unmut. Dieser Beschluss habe zur Folge, dass etwa 80 Kinder in Dresden, die unter § 3 AsylbG fallen, keinen Anspruch auf das BuT haben und somit auch keine Ermäßigung der Mittagsversorgung mehr erhalten. Sie fordert eine Alternative von der Stadtverwaltung.

Der Bund müsse dazu seine Meinung ändern, stellt Herr **Bürgermeister Seidel** klar. Die Leistung dürfe solange nicht fortgezahlt werden.

Dem Sachverhalt folgend fordert Herr **Stadtrat Hoffsommer** von Herrn Bürgermeister Seidel in der am 07.07.2011 stattfindenden Sondersitzung einen Lösungsvorschlag zur weiteren Ermäßigung beim Mittagessen für diese Kinder.

Aktuell liegen 15.800 Anträge von 6.700 Kindern und Jugendlichen vor, teilt Herr **Bürgermeister Seidel** mit. 2.800 Bescheide habe man bewilligt und 130 abgelehnt. Schwerpunkt liege im Bereich Mittagessen.

Aufgrund der Probleme mit der Arbeitsstruktur im Sozialamt würden 3 Mitarbeiter/-innen des Geschäftsbereichs Soziales zur Optimierung für begrenzte Zeit im Sozialamt eingesetzt.

Betriebskosten EB Kita

Herr **Laessing** wünscht eine detaillierte Aufstellung der Betriebskostenabrechnung des EB Kindertageseinrichtungen.

Da der EB eine ausführliche Teilkostenrechnung erstellt habe, könne lediglich eine Präsentation zur Verfügung gestellt werden, legt Frau **Bibas** zum Anliegen von Herrn Laessing dar.

Eingehend auf die Anfrage von Herrn Schreiber zur neuen Kita-Satzung im Bereich der Tagespflegepersonen stellt Frau Bibas heraus, dass ausschließlich mit einem Ehepaar Probleme vorhanden seien. Sie erhalten noch eine schriftliche Aufforderung. Sollte das Ehepaar dann die neuen Regelungen der Satzung nicht einhalten, werden weitere Schritte vorgenommen.

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

3 Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2011/2012

V0938/11
beratend
(federführend)

Frau **Bibas** bringt die Vorlage ein und betont, dass der Fortschreibung des Fachplanes Kita eine sehr umfangreiche Vorbereitung zugrunde liege. Die Ortsbeiräte und Ortschaftsräte hätten zustimmende Voten abgegeben, aber der Ortsbeirat Neustadt habe den Fachplan abgelehnt. Dem Prüfauftrag des Ortsbeirates Neustadt werde nachgegangen und zu gegebener Zeit nehme die Verwaltung Stellung dazu, führt Frau Bibas weiter aus.

Anhand einer Präsentation stellt Frau **Grohmann** die aktuellen Herausforderungen, die Platzbedarfe, die Handlungsfelder sowie die Aufgabenschwerpunkte dar. Die Präsentation sei allen Mitgliedern im Vorfeld zugegangen.

Zu den aktuellen Herausforderungen zählen die Erarbeitung eines weiteren Ausbauprogramms zur Schaffung von zusätzlichen 2.000 neuen Betreuungsplätzen zur Realisierung eines bedarfsgerechten wohnortnahen Betreuungsangebotes für alle nachfragenden Familien und die bedarfsgerechte Bereitstellung von Betreuungsplätzen im Krippen-, Kindergarten- und Hortbereich unter Beachtung der Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Krippenplatz ab dem 1. August 2013. Neben der Neubautätigkeit sollen auch die Sanierungen von Kindertageseinrichtungen inklusive der damit verbundenen Auslagerungsnotwendigkeiten ermöglicht werden. Weiterhin werde angestrebt, die künftige Schul- und Hortplanung mit einem qualitativen und quantitativen Planungskonzept zu untersetzen, bringt Frau Grohmann zum Ausdruck. Es sollen zudem für alle Träger von Kindertageseinrichtungen Strukturklarheit und Planungssicherheit geschaffen werden.

Frau Grohmann konstatiert, dass sich neben den steigenden Kinderzahlen auch die Nachfrage stark weiter entwickelt habe. Man prognostiziere ebenso einen steigenden Zuzug. Im Kindergartenbereich könne jedoch durch diese positive Entwicklung der Rechtsanspruch nicht erfüllt werden. Somit sei es nicht möglich, allen Familien im nächsten Jahr einen Kinderkrippenplatz anzubieten.

Weiterführend zeigt sie die Handlungsfelder und Aufgabenschwerpunkte auf, wie z. B. die Entwicklung und Einführung eines trägerübergreifenden Belegungs- und Vergabemanagements für alle Kindertageseinrichtungen und für das Angebot der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Dresden bis Ende 2012, die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Handlungsprogramms zur Förderung von Bildungschancen für alle sowie die Weiterentwicklung der Kita-Praxis durch einen „gelebten“ Bildungsplan, d. h. systematische und zielorientierte Begleitung der Kindertageseinrichtungen und dafür die Schaffung von Reflexionsräumen. Außerdem sei das Programm „Gemeinsam bildet - Grundschule und Hort im Dialog“ zur Entwicklung eines Ganztags an Grundschulen und Förderschulen zu Beginn dieses Jahres gestartet. Weitere Handlungsfelder seien die Implementierung der Projektergebnisse des KiNET, die Neuausrichtung des Übergangs vom Kindergarten zur Grundschule gemäß der Bedarfslagenbeschreibung und vor allem die Vorbereitung und Durchführung der 5. Elternbefragung in Zusammenarbeit mit Trägern der freien Jugendhilfe, Kindertagespflegepersonen, Stadtelternbeirat und der Kommunalen Statistikstelle.

Für die Kindertagespflege speziell, so Frau Grohmann, strebe man ein gemeinsames Strategiepapier mit Kindertagespflegepersonen unter Beteiligung der Beratungs- und Vermittlungsstellen an. Es solle ein intensives Diskussionsforum zur Qualitätssicherung und -entwicklung eröffnet werden mit dem Ziel, ein Qualitätshandbuch für die Kindertagespflege zu erarbeiten. Die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, die Transparenz des Angebotes der Kindertagespflege mit seinen Besonderheiten und die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft zur systematischen Erprobung von Voraussetzungen einer stärkeren Profilierung des Aspektes „Bildung in der Kindertagespflege“ zählen ebenso zu den Aufgabenschwerpunkten.

In Einrichtungen in Gorbitz, Prohlis, Pieschen und Altstadt seien eine Vielzahl von Kindern mit besonderem Förderungs- und Unterstützungsbedarf vorhanden.

Basierend auf dem Ergebnisbericht von Frau Prof. Carle am 30.05.2011 stellt Frau Grohmann abschließend die Dresdner Handlungsfelder im Ergebnis der Evaluierung des Sächsischen Bildungsplanes (SBP) vor. Als Beispiele benenne sie die Weiterentwicklungen der Qualifizierungsangebote für die Arbeit mit dem SBP (Empfehlung Lernwerkstattarbeit, einrichtungsinterne Weiterbildungen vor allem zur Umsetzung und pädagogisch-diagnostischer Qualifizierung), die Qualifizierung der Führungskräfte zur vertiefenden und besseren fachlichen Steuerung der Prozesse, die zur Verfügungstellung der Planungs- und Vorbereitungszeit für alle pädagogischen Fachkräfte, die Strukturierung eines regionalen Netzwerkes der Beraterinnen und Berater sowie die Anpassung des Diagnose-Förder-Netzes an die aktuellen Bedarfe und Entwicklungserfordernisse. Die Kooperation zwischen Kitas und Schule solle nicht nur bilateral, sondern im Rahmen eines Netzwerkes von Schule und Hort im Quartier entwickelt werden.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** dankt der ausführlichen Berichterstattung und erachte insbesondere die Vorstellung der Ergebnisse der Evaluierung als sehr positiv.

Die Abstimmung im Gremium solle auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen vorgenommen werden, regt Herr **Engel** an.

Herr **Stadtrat Zinkler** bittet um Veröffentlichung der Präsentation im Ratsinformationssystem.

Es werden keine weiteren Anfragen eingebracht. Herr **Stadtrat Hoffsommer** bringt nun die Vorlage auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen an.

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Fachplanes Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2011/2012 inklusive der Bedarfsplanung Teil B.
2. Der Stadtrat nimmt die kleinräumigen stadtteilorientierten Planungsaussagen zur Hortentwicklung zur Kenntnis und beauftragt die Oberbürgermeisterin, die Schul- und Hortentwicklung in einer integrierten Schulnetzplanung abzubilden und planungsseitig zusammen zu führen.
3. **Der Anteil der Betreuungsplätze in der Kindertagespflege an den Plätzen für die Altersgruppe der 0- bis 3-jährigen insgesamt wird bei einem weiteren Ausbau der Platzkapazitäten bei etwa 20 Prozent konstant gehalten.**
4. Der Stadtrat beschließt, dass die Bedarfs- und Maßnahmenplanung von den Planungsverantwortlichen im Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen unterjährig zu aktualisieren ist. Der Stadtrat ist zum Umsetzungsstand sowie zu den Aktualisierungen schriftlich zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 11

Nein 0

Enthaltung 0

- | | | |
|----------|---|---|
| 4 | Einführung eines trägerübergreifenden Systems zur Anmeldung, Platzvergabe und Beitragserhebung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege | V1010/11
beratend
(federführend) |
|----------|---|---|

Die Vorlage wird von Frau **Bibas** eingebracht und erläutert. Sie hebt hervor, dass im Vorfeld der EB gemeinsam mit allen Beteiligten über das Verfahren kommuniziert habe. Einen wesentlichen Einfluss hätte auch der Beschluss der Fach AG Kita. Ziele seien eine höhere Transparenz für die Eltern, die Auslastung der zur Verfügung stehenden Plätze bei den freien Trägern sowie die Vermeidung der Mehrfachanmeldungen. Über die Vergabe des Platzes entscheide die Leiterin nach erfolgtem Elterngespräch, macht Frau Bibas deutlich.

Der Vorsitzende des Unterausschusses Kindertagesbetreuung, Herr **Engel**, spricht sich für eine Zustimmung zur Vorlage aus.

Herr **Schreiber** bringt einen Ersetzungsantrag zum Beschlusspunkt 2 ein, der wie folgt lautet:

Es ist zu prüfen, ob folgende Funktionen mit in das System integriert werden können:

- a) Die Tagespflegepersonen sollen sich - sofern von ihnen im Einzelfall gewünscht - mit ihren Kontaktmöglichkeiten im System darstellen können.
- b) Den Tagespflegepersonen wird auf Wunsch die Möglichkeit eingeräumt, analog zu den Kitas, ohne Zwischenschaltung einer Beratungs- und Vermittlungsstelle am System angekoppelt zu werden; wobei die Tagespflegepersonen eigene PC-Hardware nutzen sollen.

Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat zusammen mit dem Lastenheft zur Bestätigung vorzulegen.

Die Ausschreibung der Erstellung des Systems nach VOL erfolgt nach Bestätigung des Lastenheftes.

Folgender Ergänzungsantrag wird von Herrn **Engel** eingereicht:

4. **Das Lastenheft wird dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.**
5. **Im Punkt 3 „Beschreibung des Verfahrens“ Punkt 1 wird folgender Passus aufgenommen: Die Träger der freien Jugendhilfe können auch weiterhin über das System ihre Kindertageseinrichtungen selbst belegen und die Kinder in das System einpflegen.**
6. **Zur Einführung und Umsetzung des Systems wird die bestehende Projektgruppe weiterhin genutzt. Sie übernimmt die sachliche und fachliche Begleitung des Systems während der Testphase und steht dem Softwareunternehmen als Ansprechpartner zur Verfügung.**

Die derzeitige Projektgruppe wird um folgende Mitglieder ergänzt:

Vertreter/-in der Stadtliga Dresden
Vertreter/-in des Stadelternbeirates
Vertreter/-in der Kindertagespflege der Fach AG Kindertageseinrichtung

7. Nach Einführung des trägerübergreifenden Systems (1. Januar 2013) ist dieses nach einem Jahr zu überprüfen und Änderungsbedarfe dem Jugendhilfeausschuss anzuzeigen.

Herr **Stadtrat Kießling** fordert aufgrund der umfangreichen Änderungsanträge die Rücküberweisung in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.

Nach erfolgter Gegenrede von Herrn Schreiber wird der Antrag von Herrn Stadtrat Kießling mit 1 Ja / 8 Nein und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Frau **Bibas** macht darauf aufmerksam, dass nach heutiger Beschlussfassung noch einige Zeit zur weiteren Bearbeitung ins Land gehen werde. Weiterhin nimmt sie Stellung zum Antrag von Herrn Schreiber und erläutert die finanziellen Folgen.

Der Punkt 5 des Ergänzungsantrages von Herrn Engel stellt eine Ergänzung zum Beschlusspunkt 3 der Vorlage dar, konstatiert Herr **Stadtrat Fischer**.

Bei dem Prüfauftrag der CDU-Fraktion an die Verwaltung solle auch der Kostennutzenfaktor mit einbezogen werden, wirft Herr **Stadtrat Hoffsommer** ein.

Nach kontroverser Diskussion stellt Frau **Bibas** klar, dass weder bei der Kita noch bei der Tagespflege eine „Zwangsvermittlung“ erfolge. Voraussetzung sei stets ein persönliches Gespräch zwischen den Eltern und der Kita/Tagespflege.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** stellt abschließend klar, dass das System definitiv nicht den persönlichen Kontakt ersetzen werde.

Zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion schlägt er vor, im zweiten Absatz das Wort „Stadtrat“ durch „Jugendhilfeausschuss“ zu ersetzen und somit den Punkt 4 des Änderungsantrages von Herrn Engel zu streichen.

Punkt 5 des Antrages von Herrn Engel entfällt und wird im Beschlusspunkt 3 der Vorlage ergänzt.

Im Folgenden wird der geänderte Antrag von Herrn Schreiber zur punktweisen Abstimmung gebracht:

Punkt a)	12/0/0	Zustimmung
Punkt b)	9/1/2	Zustimmung
Rest:	12/0/0	Zustimmung

Dem Änderungsantrag von Herrn Engel wird in geänderter Fassung mit 12 Ja / 0 Nein und 0 Enthaltungen zugestimmt

Herr Stadtrat Hoffsommer bittet die Mitglieder nun um Abgabe des Votums zur so geänderten Vorlage.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften beschließt die Einführung eines trägerübergreifenden, internetgestützten Anmelde- und Vergabesystems für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Dresden und eines Moduls zur Beitragserhebung für Träger, welche über kein derartiges Programm verfügen bzw. als Ersatz des bestehenden Programms „ProKita“ des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen Dresden bis Ende des Jahres 2012 (Produktivschaltung voraussichtlich zum 1. Januar 2013). Grundlage des Systems sind die mit der Projektgruppe abgestimmte Funktionsübersicht und die Erläuterungen zum geplanten Vermittlungsverfahren (siehe Anlage 1 und Anlage 2).
2. **Es ist zu prüfen, ob folgende Funktionen mit in das System integriert werden können:**
 - a) **Die Tagespflegepersonen sollen sich - sofern von ihnen im Einzelfall gewünscht - mit ihren Kontaktmöglichkeiten im System darstellen können.**
 - b) **Den Tagespflegepersonen wird auf Wunsch die Möglichkeit eingeräumt, analog zu den Kitas, ohne Zwischenschaltung einer Beratungs- und Vermittlungsstelle am System angekoppelt zu werden; wobei die Tagespflegepersonen eigene PC-Hardware nutzen sollen.**

Das Prüfergebnis ist dem Jugendhilfeausschuss zusammen mit dem Lastenheft zur Bestätigung vorzulegen.

Die Ausschreibung der Erstellung des Systems nach VOL erfolgt nach Bestätigung des Lastenheftes.

3. Die voraussichtlichen Kosten zur Einführung des Systems liegen bei 800.000 EUR. Dieser Betrag schließt den Modernisierungsbedarf für Investitionen (in die EDV-Ausstattung) in den Einrichtungen in freier Trägerschaft ein. Die finanziellen Mittel sind entsprechend des Investitionszeitraumes dem Eigenbetrieb IT- und Organisationsdienstleistungen Dresden zur Verfügung zu stellen. **Die Träger der freien Jugendhilfe können auch weiterhin über das System ihre Kindertageseinrichtungen selbst belegen und die Kinder in das System einpflegen.**
4. **Zur Einführung und Umsetzung des Systems wird die bestehende Projektgruppe weiterhin genutzt. Sie übernimmt die sachliche und fachliche Begleitung des Systems während der Testphase und steht dem Softwareunternehmen als Ansprechpartner zur Verfügung.**

Die derzeitige Projektgruppe wird um folgende Mitglieder ergänzt:

**Vertreter/-in der Stadtliga Dresden
Vertreter/-in des Stadtelternbeirates
Vertreter/-in der Kindertagespflege der Fach AG Kindertageseinrichtung**

5. **Nach Einführung des trägerübergreifenden Systems (1. Januar 2013) ist dieses nach einem Jahr zu überprüfen und Änderungsbedarfe dem Jugendhilfeausschuss anzuzeigen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 11

Nein 0

Enthaltung 1

- | | | |
|----------|--|------------------------------|
| 5 | Aufnahme des Hortes der Natur- und Umweltschule, Manfred-von-Ardenne-Ring 20 in 01099 Dresden in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen Dresden | V1065/11
beratend |
|----------|--|------------------------------|

Frau **Bibas** stellt die Vorlage kurz vor. Sie macht darauf aufmerksam, dass der Träger VSP in erster Instanz eine Ablehnung erhalten habe, dennoch sei ein heutiger Beschluss notwendig, da der Hort bereits Bestandteil des Schulkonzeptes sei. Eine kurzfristige Genehmigung wäre nicht ausgeschlossen. Über das Ergebnis würden die Mitglieder dann informiert.

Es besteht kein Gesprächsbedarf. Herr **Stadtrat Hoffsommer** bringt die Vorlage wie vorliegend auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufnahme des Hortes Manfred-von-Ardenne-Ring 20 in 01099 Dresden zum 1. August 2011, vorbehaltlich der Erteilung der Betriebserlaubnis, in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen Dresden.
2. Der Hort Manfred-von-Ardenne-Ring 20 wird auf der Grundlage eines Mietvertrages durch den Träger Verbund Sozialpädagogischer Projekte e. V. betrieben.
3. Der Stadtrat beschließt die Bezuschussung der zur Betriebsführung notwendigen Betriebskosten nach SächsKitaG zum 1. August 2011.
4. Die Oberbürgermeisterin wird, vorbehaltlich der Erteilung der Betriebserlaubnis, mit dem Abschluss einer Vereinbarung zur Betriebsführung und Betriebskostenfinanzierung (Anlage 1) beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 10

Nein 0

Enthaltung 0

6 Berichte aus den Unterausschüssen

Im Unterausschuss Förderung habe man sich mit der Änderung der Verwaltungsordnung beschäftigt, informiert Frau **Hörenz**. Dazu werde eine Vorlage erarbeitet.

Sie gibt weiterhin einen aktuellen Überblick zur Fördervorlage 2011. Der Beschluss am 25.08.2011 werde nach wie vor avisiert.

Frau **Dahl** berichtet aus dem Unterausschuss Förderung. Forschungszentrum der EHS habe den Zuschlag für die Jugendhilfeplanung bekommen. Der Prozess solle 9 Monate andauern und Beginn sei der 01.07.2011. Vertreter des Forschungszentrums haben in der Unterausschusssitzung das Verfahren erläutert.

Es gibt keinen weiteren Informationsbedarf. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

Die Herstellung der Nichtöffentlichkeit ist nicht notwendig. Herr **Stadtrat Hoffsommer** beendet damit die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 20:00 Uhr.

01.08.2011

Jens Hoffsommer
Vorsitzender

Sindy Gebhardt
Schriftführerin

Stefan Zinkler
Stadtrat

Anke Wagner
Stadträtin